

# **Strategische Tiefe – die internationale Stellung der Türkei - Gibt es eine neue türkische Außenpolitik?**

---

*Dr. Şahin Alpay*

Unser Thema hier ist die Frage, ob die Türkei eine neue Außenpolitik verfolgt. Natürlich tut sie das, aber um was für eine Politik handelt es sich da, und was unterscheidet sie von ihrer Vorgängerin? Wir können sogleich sagen, dass es zwei Anschauungsweisen gibt, nach denen diese Politik bewertet werden kann.

Der einen Anschauung gemäß ist die Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (AKP) eine Partei, die einen „entweder verborgenen oder sehr zu Buche schlagenden islamischen Charakter“ aufweist. Manche bezeichnen sie sogar als „islam-faschistische“ Partei. Durch

## *Strategische Tiefe – die internationale Stellung der Türkei - Gibt es eine neue türkische Außenpolitik?*

---

eine solche Charakterisierung versteht sich natürlich, dass diese Partei die Türkei vom Westen, den USA, der EU und Israel weglocken und zur islamischen Welt, zum Nahen Osten, hintreiben will. In den letzten Jahren waren Russland, Iran und Syrien die besten Freunde und Partner der Türkei.

Die entgegen gesetzte Sichtweise besagt: Die Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei ist zwar aus den hauseigenen islamischen Strömungen in der Türkei entstanden, hat sich aber rundherum erneuert und ist mit einem eigenen Programm aufgetreten. Sie lehnt also im Gegensatz zur damaligen Wohlstandspartei eine Integration in die EU nicht ab, um sich mit der islamischen Welt zu vereinigen. Sie verfolgt auch keine dirigistische Wirtschaftspolitik, bei der der Staat die alleinige Verfügungsgewalt hat, sondern stützt sich auf die Marktwirtschaft und das Privatunternehmertum, hat also zum Ziel, die Wirtschaft der Türkei zu globalisieren. Auch hat sie sich im Gegensatz zur Wohlstandspartei ganz von dem Gedanken verabschiedet, zwei Rechtssysteme einzuführen, wobei die Bürger in dem Fall, in dem sie es wünschten, das Recht hätten, in Fragen des Privatrechts die Anwendung von Schariaregeln zu fordern.

Diejenigen, die dieser zweiten Anschauungsweise anhängen, weisen noch auf einen anderen Punkt hin: unter Führung der Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei wurde eine an die weltweit herrschenden neuen Bedingungen angepasste Harmonisierungs- und Integrationspolitik verfolgt. Diese Politik hat eigentlich eine Mitgliedschaft in der EU zum Ziel und unterstützt mit ihren zahlreichen Facetten und Dimensionen auch dieses Ziel. Dabei richtet sie sich in ihren vielschichtigen Dimensionen nicht nur auf die nationalen Interessen der Türkei, son-

dem harmonisiert gleichzeitig auch mit den Interessen der EU und der USA, also den westlichen Verbündeten.

Was ich jetzt sage, muss ich nicht weiter betonen, denn ich weiß, dass ein großer Teil unserer ausländischen Zuhörer mich von meinen Artikeln her kennt. Ich neige zu der zweiten Ansicht, auch wenn ich einigen außenpolitischen Unternehmungen der Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei durchaus kritisch gegenüberstehe. Ich denke aber, dass die Vorgehensweise der Partei im Allgemeinen mit der zweiten Ansicht übereinstimmt; in vielen meiner Artikel habe ich bereits zum Ausdruck gebracht, dass ich der Meinung bin, der Bereich, in dem die Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei ihre größten Erfolge zu verzeichnen hat, sei der Bereich der Außenpolitik.

Wenn wir die vergangene türkische Außenpolitik aus der Vogelperspektive betrachten, dann sehen wir, dass die außenpolitischen Grundzüge während der Zeit des Kalten Krieges klar und deutlich strukturiert waren. Die Türkei hat in jener Zeit zur Gänze eine Politik verfolgt, die einen Schulterchluss mit den westlichen Verbündeten vorsah und Beziehungen außerhalb dieses westlichen Bündnisses nur sehr furchtsam anknüpfte, also eine eindimensionale Politik. Zwar gab es von Zeit zu Zeit Probleme mit den USA. 1962 gab es ein solches Problem, als Präsident Kennedy während der Kuba-Krise den Abzug der zur Verteidigung der Türkei auf türkischem Territorium stationierten Jupiter-Raketen befahl, ohne Ankara vorher zu fragen oder darüber in Kenntnis zu setzen. 1964 und 1974 gab es Probleme mit dem US-amerikanischen Kongress: 1964 wegen des von Präsident Johnson aufgesetzten Warnschreibens, sich nicht in die Angelegenheiten Zyperns einzumischen, und 1974 wegen der

## *Strategische Tiefe – die internationale Stellung der Türkei - Gibt es eine neue türkische Außenpolitik?*

---

Friedensmission auf Zypern. Jedoch war die Türkei während der ganzen Zeit des Kalten Krieges ein unwandelbarer und standhafter Partner des westlichen Bündnisses und hat stets einen geraden, auf den Westen gerichteten Kurs in ihrer Außenpolitik verfolgt.

Die Zeit der 90er Jahre, d.h., die Zeit nach Beendigung des Kalten Krieges, war für die Türkei eine Periode der Diskrepanz mit dem Westen und den Bedingungen einer neuen Weltordnung. Diese Diskrepanzen hatten innere und äußere Gründe. Weltweit hatten sich die Bedingungen geändert, Überlegungen zu Menschenrechten und Demokratie standen nun im Vordergrund, und es gab keinen Westen mehr, der noch wie zur Zeit des Kalten Krieges die Mängel und Fehler der Türkei auf den Gebieten der Menschenrechte und der Demokratie tolerierte. Ganz im Gegenteil wurde die Türkei vom und im Westen in dieser Hinsicht mehr und mehr kritisiert. Auch im Inneren nahm der PKK-Aufstand immer breitere Dimensionen an. Ein weiteres Missgeschick für die Türkei war natürlich auch die Tatsache, dass sie nach 1991 von Koalitionsparteien regiert wurde, die völlig verschiedene Programme vorstellten und sich in keiner Weise einigen konnten, so dass dies tatsächlich eine Periode war, in der Unordnung und Chaos vorherrschten. Als auf dem Gipfeltreffen von Helsinki im Jahre 1999 die Kandidatur der Türkei für eine Mitgliedschaft in der EU bekanntgegeben wurde und als daraufhin im Jahre 2002 die Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei an die Macht gelangte, begann für die Türkei eine neue Zeit der Außenpolitik und einer Integration in die neue Weltordnung. Der 1999 von der EU gefasste Beschluss war natürlich für die Türkei von großer Bedeutung, denn Europa hatte bis zu dem Zeitpunkt der Türkei gegenüber keine klare und deutliche Einstellung. Wir wissen, dass diese Einstellung später wiederum erschüttert wurde,

aber 1999 vertraten alle Mitgliedsländer der EU die Auffassung, die Türkei verdiene es, zusammen mit den anderen Kandidaten zu gleichen Bedingungen in die Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Erinnern wir in diesem Zusammenhang daran, dass in Helsinki das „Schicksal“ der Türkei als Mitgliedsland der EU zum Ausdruck kam. Aber leider lag die Türkei von 1999 bis 2001 im Streit mit ihren Koalitionsregierungen und konnte erst im Juli oder August 2001 mit der Umsetzung der Reformen beginnen. Die Durchführung der EU-Reformen fiel also zur Gänze in die Regierungszeit der Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei.

Was haben die Regierungen dieser Partei, die 2002 an die Macht kam, nun aber vollbracht?

Die AKP-Regierungen haben das erste Mal eine wirklich liberal zu nennende Herangehensweise in der Wirtschaft vertreten und auf diese Weise die für eine Liberalisierung und Globalisierung der türkischen Wirtschaft erforderlichen Schritte unternommen. Dabei haben sie sich selbstverständlich streng an die Vorgaben gehalten, die Kemal Derviş für die vorherige Regierung ausgearbeitet hatte: das Krisenbeendigungsprogramm sowie die vom IWF und der EU unterstützten Stabilitätsprogramme. Dieses bereits fertig ausgearbeitete Programm war für die AKP-Regierung natürlich eine große Hilfe. Weil auch die weltwirtschaftliche Konjunktur bis zum Jahre 2007 ziemlich stabil war, hat die Türkei unter Führung der AKP auf wirtschaftlichem Gebiet außerordentliche, um nicht zu sagen in ihrer Geschichte bis dato nicht dagewesene rasche Fortschritte erzielen können. Der Export erreichte noch nie dagewesene Ausmaße, desgleichen floss so viel ausländisches Kapital wie nie zuvor ins Land. Den Angaben der Weltbank zufolge

## *Strategische Tiefe – die internationale Stellung der Türkei - Gibt es eine neue türkische Außenpolitik?*

---

stieg das Pro-Kopf-Einkommen, das im Jahre 2002 noch 3.000 US-\$ betrug, im Jahre 2008 auf 12.000 US-\$ an.

Wie brauchen hier nicht weiter darauf einzugehen, was die AKP-Regierung im politischen Bereich erzielt hat. Um die Kopenhagener Kriterien der EU zu erfüllen, hat sie trotz fast unüberwindlich scheinender Hindernisse und jeglicher Widerstände, die von der Bürokratie, aber besonders vom Militär ausgingen, die Mitgliedschaft in der EU zum nationalen Ziel erklärt, das von jedermann verinnerlicht worden ist, und politische Reformen eingeleitet, wo sie sich auf einen großen öffentlichen Rückhalt, der bis zu 75% betrug, stützen konnte. Im Dezember 2004 hat die EU-Kommission befunden, dass die Kopenhagener Kriterien nun endlich zur Genüge erfüllt worden seien und die Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden könnten. Dadurch wurde eine wichtige Schwelle auf dem Wege des Beitritts in die EU überschritten. Die Türkei ist somit also nicht nur ein Kandidat, sondern ein Land, das bereits Verhandlungen in Bezug auf einen Beitritt aufgenommen hat. Dies wurde durch die Bemühungen der Einparteien-Regierung der AKP erreicht.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik haben die AKP-Regierungen viele Neuerungen eingeführt. Sie begannen, eine aktive und mehrdimensionale Politik durchzusetzen. Obwohl er erst vor kurzem zum Minister ernannt wurde, stand Ahmet Davutoğlu doch die ganze Zeit hinter der Außenpolitik. Die Außenpolitik der AKP-Regierungen ist durch die Beratertätigkeit von Ahmet Davutoğlu im Hinblick auf seine Kenntnisse der Geschichte, der internationalen Beziehungen und seiner außergewöhnlichen intellektuellen Fähigkeiten, die in eine Formierung der türkischen Außenpolitik einfließen, tatsächlich sehr einflussreich geworden.

Eines der Grundprinzipien dieser aktiven und vielschichtigen Außenpolitik ist „ein problemloses Zusammenleben mit den Nachbarn“. Diese Politik hat in den türkisch-griechischen Beziehungen zu einer nie dagewesenen Annäherung geführt; die Türkei hat auch mit Syrien inzwischen begonnen, die zwischen beiden Ländern existierenden Probleme aufzuarbeiten. Die Beziehungen zu Russland, die unter den vorherigen Regierungen in Gang gesetzt worden waren, haben sich vor allem im wirtschaftlichen Bereich sehr ausgeweitet. Die AKP war außerdem führend bei den Bemühungen, sich von einer Politik, die als verantwortlich für die Ausweglosigkeit der Zypern-Krise angesehen werden musste, abzuwenden und hat die Lösungsvorschläge des Annan-Plans, der auch von Seiten der EU und der USA Unterstützung fand, befürwortet. Die Türkei war so lange zu einer Lösung bereit, bis der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, der Meinung war, man solle die Punkte, über die man jetzt keine Einigung erzielen könne, einfach irgendwie abhaken. Erst viel später erfuhren wir, dass die türkischen Streitkräfte zwecks Verhinderung solcher Tendenzen zu einer Öffnung auf Zypern die Regierung durch einen Militärputsch stürzen wollten.

Die AKP-Regierung, die mit ihren Nachbarn auf einer „Null-Problem“-Basis verhandeln will, hat auch allmählich die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit gestärkt. Des Weiteren hat sie inzwischen Beziehungen zur Verwaltung des Irak sowie der kurdischen Gebiete im Irak aufgenommen und sie fortgeführt. Auch hinsichtlich einer Normalisierung in den Beziehungen zu Armenien wurden Schritte unternommen. Die Türkische Große Nationalversammlung hat am 1. März 2003 mit viel Geschick die Entscheidung getroffen, die Türkei aus dem politischen Sumpf im Irak herauszuhalten, was auch

## *Strategische Tiefe – die internationale Stellung der Türkei - Gibt es eine neue türkische Außenpolitik?*

---

ein weiterer glücklicher Umstand für die AKP-Regierung war. Wie bekannt, war die Führung der AKP in dieser Hinsicht geteilter Meinung; während Ministerpräsident Erdoğan sehr wahrscheinlich für eine Zusammenarbeit mit den USA stimmte, vertraten Außenminister Gül und Davutoğlu die Auffassung, sich aus dieser Sache herauszuhalten. Diese Entscheidung hat das Ansehen der Türkei in der islamischen Welt gestärkt und hat diese erkennen lassen, dass sie einer neuen Türkei gegenübersteht, die nicht der Diener Amerikas ist, sondern eine unabhängige Politik verfolgt.

Kommen wir jetzt zur neuen Außenpolitik, die für die Türkei eine neue strategische Identität mit sich bringt, und damit zu der Frage nach den Faktoren, die zur Übernahme einer solchen Politik mit ihrer grundlegenden Zielsetzung einer Mitgliedschaft in der EU, gestützt von neuen, vielschichtigen Elementen, geführt haben.

An der Spitze der Faktoren, die dieser neuen Politik den Weg geebnet haben, steht der 1980 unter Führung von Turgut Özal gefasste Beschluss einer Änderung in der Strategie des Fortschritts. Durch diese Veränderung begann die Türkei, anstelle einer auf Import basierenden Industrialisierung eine Entwicklungspolitik zu verfolgen, die sich auf eine Öffnung nach außen und eine exportorientierte Industrialisierung stützte. Diese Strategieänderung hinterließ tiefgreifende Resultate auf sozio-ökonomischem und politischem Gebiet. Am Anfang bildete sich eine neue Kapitaleignerschicht in Anatolien heraus, die ihr Vermögen mit dem Export verdiente. Eine weitere Entwicklung, die in den 80er Jahren begann, war die zuerst sehr kritisierte Einrichtung von Universitäten in fast jeder größeren Stadt in Anatolien. Die Abgänger dieser Universitäten wurden zu Geschäftsleuten und bildeten eine

neue Klasse der beruflich Geschulten. Ich denke, dass es dieser Personenkreis gewesen ist, der von nun an in der Gesellschaft das Rückgrat der Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt bildete.

Die erwähnten sozio-ökonomischen Fortschrittsbemühungen führten natürlich zu einem größeren Energiebedarf seitens der Türkei. Dieser Energiebedarf erklärt die Tatsache, dass die Türkei besonders mit Russland und dem Iran Beziehungen angeknüpft und ausgebaut hat. Des Weiteren muss man berücksichtigen, dass die Türkei ein Verbindungskorridor für den Transport von Erdöl und Erdgas aus der Region des Kaspischen Meeres nach Europa sein wird und dies ebenso eine Hinwendung zu einer vielschichtigen Außenpolitik bewirkt hat. Ferner herrscht in der Türkei seit Beginn der Jahrtausendwende nun auch wieder eine Einparteien-Regierung, die bis zu den Kommunalwahlen des Jahres 2009 den Eindruck erweckte, eine ausgeglichene Wirtschafts- und Außenpolitik zu verfolgen und so die Zahl der auf sie abgegebenen Stimmen noch erhöhen konnte.

Dies alles hat natürlich zu gewissen Veränderungen in der von Ankara verfolgten strategischen Richtung geführt. Zum einen ist klar geworden, dass die Türkei ihre Außenbeziehungen nicht mehr nur unter dem Blickwinkel einer westlichen Allianz sieht; diese Periode haben wir hinter uns gelassen, denn die Zeit des Kalten Krieges ist zu Ende gegangen. Die Türkei sieht zwar eine Teilnahme an der westlichen Allianz immer noch als ihr größtes nationales Interesse an, obwohl es ja auch durchaus sein kann, dass sie in Europa nicht erwünscht ist; sie wird jedoch ihre Außenpolitik gemäß der von ihr vorgezeichneten nationalen Interessenlage fortsetzen.

Innerhalb der neuen, weltweit herrschenden Bedingungen hat die

## *Strategische Tiefe – die internationale Stellung der Türkei - Gibt es eine neue türkische Außenpolitik?*

---

Türkei mit ihrer sich allmählich ausweitenden Wirtschaft und ihrer bis zu einem gewissen Grade etablierten Demokratie eine Position der Stärke eingenommen, die sie aus der Peripherie des Westens entlassen und davon befreit hat, in allen Angelegenheiten dem westlichen Vorbild zu folgen. Mit ihren historischen Vorbedingungen und ihrer geographischen Position, die eine Verbindung zum Balkan, zum Nahen Osten und nach Zentralasien hinein herstellen, hat die Türkei ein außergewöhnliches strategisches Gewicht mit einer vertieften Außenpolitik bekommen. Außenminister Davutoğlu nennt dies „historische und geographische Tiefe“. Alle erwähnten Faktoren haben dazu geführt, dass die westliche Dimension in der Außenpolitik der Türkei in den letzten Jahren eine relative Abschwächung erfahren hat, wohingegen die regionale Dimension stärker geworden ist. Die Gründe für ein relatives Erstarren dieser regionalen Dimension und besonders der Nahost-Dimension in der Außenpolitik der Türkei können wie folgt zusammengefasst werden:

Zum einen sieht die Regierung der Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei die Türkei als Erbe des Osmanischen Reiches und hält sie deswegen in politischer und ethischer Hinsicht in besonderer Weise verantwortlich für die gesamte Region. Der Türkei obliegt die besondere und wichtige Aufgabe, Streitigkeiten und Auseinandersetzungen in der Region zu beenden.

Zweitens gehen von der Region die größten Bedrohungen für die Türkei aus. Welche Bedrohungen sind dies? Die Instabilität im Irak hat dazu geführt, dass die PKK den Nordirak als Basis für Angriffe gegen das Land nutzt; deswegen ist die Herbeiführung einer Stabilität im Irak für die Türkei von großer Wichtigkeit, weil sie so der PKK den

Boden für eine weitere Nutzung des Irak als Angriffsbasis entziehen kann. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Iran Nuklearwaffen entwickelt, stellt ohne Zweifel eine weitere Bedrohung für die Türkei dar. Es gibt jedoch keine Möglichkeit, den Iran unter der Androhung einer Bombardierung oder eines Regimewechsels auf den richtigen Weg zu zwingen. Gegenüber dem Iran muss eine auf Dialog basierende Politik verfolgt werden, die dem Land das Recht auf Entwicklung eines friedlich zu nutzenden Nuklearprogramms zugesteht, aber der Entwicklung eines für den Kriegseinsatz geeigneten Nuklearprogramms muss man unbedingt zuvorkommen. Es ist müßig, zu sagen, dass die Unlösbarkeit des Palästinaproblems allmählich zu einem Niedergang des Bildes der USA und Israels in der Welt geführt und auch in der Türkei zu weitgespannten Reaktionen gegenüber den USA und Israel Anlass gegeben hat. Das Palästinaproblem ist in der gesamten Region die Ursache für Instabilität und ist weltweit weiterhin als Hauptproblem zu betrachten. Eine Lösung des Palästinaproblems durch die Türkei könnte bei der Lösung der Probleme Israels gegenüber den Palästinensern und Syrien hilfreich sein, wobei ein solcher Versuch nicht nur im Sinne nationaler Interessen, sondern auch für eine weltweite Stabilität notwendig ist.

Werden sich wohl Vermutungen verwirklichen, die behaupten, dass Entwicklungen, die nach 500 Jahren Feindschaft schließlich zu einer Annäherung geführt haben, eine Türkei hervorbringen, die sich dem Westen entgegen- und dem russischen Einflussbereich unterstellt? Ich glaube das nicht, denn die Beziehungen der Türkei zu Russland beruhen sowohl auf Zusammenarbeit als auch auf einem Wettbewerb. Natürlich muss die Türkei mit einem Land, aus dem sie 60% ihres

## *Strategische Tiefe – die internationale Stellung der Türkei - Gibt es eine neue türkische Außenpolitik?*

---

Energiebedarfs deckt, gute und tiefgehende bilaterale Beziehungen unterhalten. Aber auf der anderen Seite befindet sich die Türkei mit Russland in einem heftigen Wettbewerb, zum einen in Bezug auf ihren Einflussbereich in der Region und zum anderen in Bezug auf den späteren Verlauf der Energiewege. Aus diesem Grunde ist es falsch, von einer Türkei zu sprechen, die dem Westen den Rücken gekehrt und sich dem russischen Einflussbereich zugewandt hat.

Jetzt komme ich zu der Frage, welches Ergebnis die westliche Allianz aus den vorher genannten Entwicklungen zu ziehen hat; bei der Beantwortung dieser Frage beziehe ich mich auf einen Text, den ich Ihnen allen zum Lesen sehr empfehle. Es ist der Bericht über die neue türkische Außenpolitik, der vom Finnischen Institut für Außenbeziehungen am 7. Mai 2009 auf der Internetseite des Instituts veröffentlicht worden ist. Dieser von Igor Torbakov und Hanna Ojanen verfasste Bericht ist eine sehr seriöse Untersuchung. Die Verfasser schreiben u.a. Folgendes:

Die USA und die EU müssen verstehen, dass sie sich in geopolitischer Hinsicht in Bezug auf die Türkei einem veränderten „politischen Phänomen“ gegenübersehen. Die Türkei ist nicht wie früher ein unterentwickeltes Land, das den Westen in jeder Beziehung nötig hat. Die Türkei ist, so schreiben es die finnischen Autoren, „ein auf sich selbst vertrauendes und unabhängiges Land, wie es dies seit der Zeit der Gründung der Republik noch niemals gewesen ist ...“. Erleben Sie selbst die Realität. Für die Türken ist die EU inzwischen nicht mehr aufgrund der europäischen Identität eine unverzichtbare Institution, denn sie sehen sich selbst sowieso als Europäer, sondern weil sie ein Mittel darstellt, den regionalen und globalen Status der

Mitgliedsländer zu erhöhen. Trotz alledem werden die Türken in ihrer Zusammenarbeit mit dem Westen fortfahren; sie tun das aber zu ihren eigenen Bedingungen. Beziehungen mit dem Westen sind etwas Nützliches in Bezug auf die eigenen nationalen Interessen. Diese neue, mehr-dimensionale Außenpolitik der Türkei kommt eigentlich auch den USA und der EU gelegen, denn auch sie wünschen eine Stabilität der Region sowie eine Öffnung der wirtschaftlichen Beziehungen und schätzen die Beiträge, die die Türkei dazu zu leisten in der Lage ist. Die Autoren fragen sich auch im Besonderen, ob die Türkei auf dem europäischen Weg fortfahren wird oder nicht. Sie geben zur Antwort, dass die Türkei aufgrund ihrer Rolle als einflussreiche Partei in der Region den europäischen Weg verfolgen und die EU-Reformen weiterführen muss.

Jetzt wollen wir uns noch kurz der Frage zuwenden, warum sich denn die Durchführung der Reformen seit 2005 bis heute verlangsamt hat, wenn doch die EU im Hinblick auf die Außenpolitik der Türkei eine so zentrale Rolle einnimmt. Dafür gibt es natürlich verschiedene Gründe. Wie bekannt, begann sich nach 2005, dem Sommer, in dem Wahlen für eine europäische Verfassung abgehalten wurden, ganz plötzlich eine Opposition gegen die Türkei in Europa herauszubilden. Wir wissen, dass dies mit den Problemen der Erweiterung zu tun hatte, die die Aufnahme von 10 neuen Mitgliedern im Jahre 2004 mit sich brachte. Aber der eigentliche Faktor war eine Veränderung der Rollen, die Deutschland und Frankreich, bis dahin die entschiedensten Verfechter einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU, an den Tag legten. Durch die Wahl von Nicolas Sarkozy in Frankreich und Angela Merkel in Deutschland empfing die Türkei von nun an nur noch negative Botschaften aus Europa. Zwar besteht Europa nicht nur aus Merkel

## *Strategische Tiefe – die internationale Stellung der Türkei - Gibt es eine neue türkische Außenpolitik?*

---

und Sarkozy, und der größte Teil der Mitgliedsländer der EU wie England, Spanien, Italien oder Schweden befürworteten nach wie vor eine Mitgliedschaft der Türkei. Aus diesem Grunde müssen wir, wenn wir die zukünftigen Beziehungen zwischen der Türkei und der EU bewerten wollen, nicht nur die Ansichten der Führer einiger Staaten oder die von irgendwelchen europäischen Journalisten heranziehen, sondern auch die Anschauungen der gesamten EU betrachten. Ein weiterer Faktor, mit dem die Verlangsamung der Umsetzung der Reformen in der Türkei erklärt werden kann, ist natürlich auch die Haltung der Regierung Südyperns, die trotz aller von Europa ausgehender Ermahnungen und der Tatsache, dass die Grenzprobleme noch nicht gelöst sind, in die EU aufgenommen wurde und damit eigentlich das gesamte Zypern repräsentiert. Dies ist zweifellos der größte Fehler gewesen, den die EU in ihrer ganzen Geschichte gemacht hat. Ein Fehler, dessen Ergebnisse nicht leicht zu bereinigen sind.

Die Aufnahme Südyperns in die Gemeinschaft ist zweifellos das größte Hindernis, das einer Mitgliedschaft im Wege steht. Stellen Sie sich vor, wie es ist, wenn man die Anerkennung dieser Regierung seitens der Türkei nicht wünscht, aber gleichzeitig von ihr erwartet, ihre Häfen für die Schiffe dieser Regierung zu öffnen. Wir sehen uns solch einem seltsamen, durch die Rahmenbedingungen geschaffenen Zustand gegenüber. Dann tritt Sarkozy auf den Plan und bewirkt, dass zusätzlich zu den acht Kapiteln, die aufgrund der Tatsache, dass die Türkei ihre Häfen nicht für Schiffe aus Südypern öffnen möchte, aufgehoben worden sind, noch weitere fünf Kapitel hinzugefügt werden, die den Weg in die Mitgliedschaft geebnet hätten. Dies wird von der türkischen Öffentlichkeit natürlich nicht als positives, von der EU ausgehendes Signal empfunden... Während der Rückhalt in der

Bevölkerung für eine Mitgliedschaft im Jahre 2004 noch 75% betrug, ist er inzwischen auf ca. 50% gefallen. Interessant hierbei ist, dass den jüngsten Umfragen zufolge trotz aller negativen Vorzeichen immer noch ca. 57% eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU befürworten. Das ist sehr aufschlussreich, denn es zeigt, dass sich die Bevölkerung der Türkei wohl bewusst ist, dass sie am Ende des Beitrittsprozesses in einem wohlhabenderen und freiheitlicheren Land leben wird und aus diesem Grunde trotz aller widrigen Umstände das Ziel einer Mitgliedschaft nicht aus den Augen verliert.

Gibt es daneben keine weiteren Binnenfaktoren, die die Verzögerung der Reformen in der Türkei erklären können? Die Türkei sah sich ab 2003 einem Prozess gegenüber, der beabsichtigte, die legitime Regierung durch einen Putsch zu stürzen und inzwischen als Fall der Ergenekon-Terrororganisation vor die Gerichte gebracht worden ist. Es handelte sich dabei um einen Versuch, die Demokratie außer Kraft zu setzen. Es blieb aber nicht nur bei Sabotageakten gegen die legitime Regierung der Türkei, sondern es wurde auch ein Prozess angestrengt, der die Schließung der Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei, die bei den Wahlen 47% aller Stimmen auf sich vereinigt hat, herbeiführen sollte. Am Ende dieses Prozesses wurde die Regierungspartei in völlig unrechtmäßiger Weise als „gegen den Laizismus eingestellt“ tituliert. Bis heute ist zu vernehmen, dass die Generalstaatsanwaltschaft die Schließung der Regierungspartei beabsichtigt. In solch einem Fall ist es wahrscheinlich unmöglich, von einer Regierung, die sich seit 2005 von innen und außen bedrängt sah, eine aktivere Durchsetzung der Reformen zu erwarten.

Als letztes möchte ich nur noch kurz auf die Rede eingehen, die

## *Strategische Tiefe – die internationale Stellung der Türkei - Gibt es eine neue türkische Außenpolitik?*

---

Außenminister Davutoğlu am 9. Mai anlässlich des Europa-Tages vor den Botschaftern der EU hielt. Er berichtete über die Gründe, die bewirkt haben, dass Ankara eine Mitgliedschaft in der EU als grundlegendes Ziel ihrer Außenpolitik ansieht. Seine Rede wurde auch in der türkischen Presse veröffentlicht. Es war für unsere deutschen Kollegen sicher erfreulich, dass die Ankaraner Tageszeitung „Today`s Zaman“ diese Rede vollständig in Englisch veröffentlichte. Ich empfehle allen, diese Rede zu lesen, denn sie ist von äußerster Wichtigkeit, weil sie eine Erklärung darüber zu geben versucht, was Europa einerseits für die Türkei bedeutet und was die türkische Regierung andererseits von der EU erwartet.

An dieser Stelle möchte ich ein damit im Zusammenhang stehendes interessantes Detail wiedergeben. Ich war einer der Journalisten, denen es möglich war, Davutoğlu nahe zu sein, denn seit seiner Tätigkeit als außenpolitischer Berater bis heute kommt er ein- bis zweimal im Monat nach Istanbul und informiert die Vertreter der Presse in detaillierter Weise. Vor einigen Tagen sagte er auf seiner ersten, in seiner Eigenschaft als Minister veranstalteten Tagung: Als man mir die Rede brachte, die ich vor den Beschäftigten des Ministeriums am 9. Mai anlässlich des Europa-Tages halten sollte, war ich nicht zufrieden damit und ließ sie überarbeiten. Auch der zweite Redeentwurf gefiel mir nicht, so dass ich mich schließlich daranmachte, selbst eine Rede zu entwerfen. Der Text dieser Rede ist also aus der Feder von Davutoğlu selbst geflossen. Wie er es schon vor der Presse verkündet hatte, so ging er auch in seiner Rede darauf ein, dass „wir nicht mehr Kandidat sein möchten, wenn schon das Jahr 2013 begonnen hat. Deswegen müssen wir den Reformprozess beschleunigen. Zu diesem Zweck stehen bis zu den Ferien an erster Stelle die Gesetze, im Oktober

die Strafrechtsreform und daran anschließend die Verfassungsänderungen auf der Tagesordnung des Parlaments“.

Noch ein Thema möchte ich kurz anschnitten, bevor ich meinen Vortrag hier abschließe. Mein Freund und Kollege Semih Idiz beendete seine Rede mit den von ihm gewonnenen Eindrücken bezüglich einer Normalisierung mit Armenien. Ich möchte das, was Davutoğlu dazu gesagt hat, an Sie weitergeben: „Die Einrichtung normaler Beziehungen mit Armenien liegt nicht nur in unserem Interesse, sondern ist auch hinsichtlich der Interessen des Westens und einer Stabilität im Südkaukasus von großer Bedeutung. Mit der Erklärung, die wir am Abend des 22. April gemeinsam mit Armenien herausgaben, brachten wir im Südkaukasus einiges in Bewegung. Wir haben zu einer Beschleunigung des Prozesses, den das eingefrorene Abkommen von Minsk, d.h., Lösungsvorschläge für das Problem Berg-Karabach, unterbrochen hatte, beigetragen. Davon ausgehend werden wir versuchen, neben einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien auch an einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Aserbaidshan und Armenien zu arbeiten. Das wird ein schwieriger Prozess werden, der aber nicht anders angepackt werden kann ... „.